



Koproduktives Altenburg

Mehr Teilhabe in der
Stadtentwicklung?

Svenja Bochinski, Jonas Drilling, Till Mayer

Vergangene Blüten – Der Untersuchungsraum Altenburg inmitten multipler Krisen

Wenn Bevölkerungsrückgang auf wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und verstummende demokratische Zivilgesellschaft trifft, bleibt oft eins: Ratlosigkeit und der Verweis auf die gebundenen Hände der öffentlichen Verwaltung. Besonders sichtbar wird diese verlorene gesellschaftliche Teilhabe auf kommunaler Ebene. Hier findet Alltag statt, hier wird das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse mit Inhalt gefüllt. Teilhabe hat damit einen klar erkennbaren räumlichen Bezug. Der Stadtplanung wird deshalb – auch vor dem Hintergrund einer Verantwortungsverschiebung von nationaler auf kommunale Ebene – in einer solchen Teilhabekrise eine besondere Verantwortung zugeschrieben (BMI 2020). Die Corona-Pandemie und ihre Folgen machen die Bedeutung von Stadt als Lebenswelt und Sozialraum klar und hinterfragen gleichsam kritisch die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Stadtentwicklung in Krisenzeiten.

Vor diesem Hintergrund erscheinen Planungsinstrumente, die die bestehende Governance der Stadtentwicklung um neue Akteur*innen ergänzen, als Hoffnungsträger. Als besonders vielversprechend wird in den letzten Jahren dabei die sogenannte Koproduktion, eine intensive Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteur*innen diskutiert (vgl. Schuppert 2009; Selle 2010; Mitlin 2008; Alford 2009; Brandsen/Pestoff 2006). Oft bleibt aber bislang unklar, ob koproduktives Handeln im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe verstanden wird, oder auch zu Empowerment als „Selbstbefähigung, [...] Stärkung von Eigenmacht, Autonomie und Selbstverfügung“ (Herriger 2020: 20) von Menschen beitragen kann. Dieser zweite Ansatz wurde bislang nicht auf periphere Kommunen angewendet, in denen wenig öffentliche wie private Ressourcen für Stadtentwicklung vorhanden sind und eine defizitäre materielle, soziale und kulturelle Teilhabe mit einer ebenso defizitären politischen Teilhabe kulminiert. Die vorliegende Arbeit fragt demnach weniger nach dem Innovationspotenzial effektiverer Stadtentwicklung,



sondern nach der Eignung dieses neuen Ansatzes zur Schaffung von Teilhabe.

Altenburg ist eine Mittelstadt im äußersten Osten Thüringens. Einst wichtiger Industriestandort, wurde Altenburg zu DDR-Zeiten Wohnort für Arbeiter*innen der umliegenden Tagebaugebiete und deren Angehörige (Interview Wirtschaftsförderung: 102-122). Infolge der friedlichen Revolution und der umfänglichen sozioökonomischen Transformationsprozesse brachen die Produktionszweige zusammen, was zu einem erheblichen Bevölkerungsverlust in den Jahren ab 1990 und einer der höchsten Arbeitslosenquoten der ostdeutschen Bundesländer führte (ebd.: 122-132). Mitte der 1980er-Jahre lebten noch rund 55.000 Menschen in der Stadt, zum Stand Ende 2020 waren es noch knapp über 31.000 Einwohner*innen (TLS 2021a).

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik [NSP] hat in ihrem Projektauftrag *Stadt gemeinsam gestalten!* nach Konzepten gesucht, die in der „Hal-tung und Methodik selbstorganisierter, informeller Stadtmacher-Projekte“ „wurzeln“ (BBSR 2021: 11). Zur Förderung ausgewählt wurde unter anderem Stadtmensch in Altenburg, eine Initiative, die der pessimistischen Grundhaltung der Stadtgesellschaft mit neuen Ideen begegnen will (ebd.: 23).

Ausgehend von einer Darstellung des Forschungsstands zu Teilhabe und Koproduktion in der Stadtentwicklung analysiert dieser Beitrag das Verständnis von Koproduktion in Altenburg mit Hilfe eines Fallstudienansatzes. Die Neuartigkeit des Instruments der Koproduktion in der deutschsprachigen Planungswissenschaft, die sich auch im Förderauftrag *Stadt gemeinsam gestalten!* der NSP widerspiegelt, zusammen mit dem Raumbezug zu Altenburg als einziger peripherer Mittelstadt innerhalb dieses Pilotprojekts, machen die Initiative Stadtmensch zu einem „neue[n] und unbeschriebene[n] Fall“ (Hering/Schmidt 2014: 531). „Es gilt das neue, unbeschriebene Phänomen zunächst einmal in allen Facetten möglichst erschöpfend zu beschreiben und so erst einer eventuell beginnenden sozialwissenschaftlichen Debatte zugänglich zu machen“ (ebd.: 530). Die Kontextualisierung in den Forschungsstand erlaubt die Überprüfung der Theorien auf das spezifische räumliche Arrangement und diskutiert das ermittelte Verständnis von Koproduktion in Bezug auf seine Effekte zur Schaffung städtischer Teilhabe. Angewandt wurde ein Mixed-Methods-Ansatz bestehend aus leitfadengestützten Interviews, qualitativen Inhaltsanalysen von Primär- und Sekundärquellen, sowie einer bei den Besuchen vor Ort durchgeführten Form einer „Mental Map“ (vgl. Ziervogel 2011).

Von verlorener Teilhabe und prekärer Verwaltung

Unter dem Eindruck eines zunehmend neoliberalen Gemeinwohlbegriffes konzentriert sich die beschriebene Teilhabekrise nicht länger nur auf nationalstaatlicher Ebene, sondern findet immer stärker auch auf kommunaler und regionaler Ebene statt (Vollmer et al. 2021: 18-19). Als solche sind



lokale Wohlfahrtsregime Zeichen der Verschiebung von Verantwortung für Wohlfahrt auf die lokale Ebene (ebd.: 20-23). Angesichts dieser wachsenden Bedeutung der kommunalen Ebene rückt die Frage in den Vordergrund, wie Governancestrukturen zwischen Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Politik in der Stadtentwicklung derzeit arrangiert sind¹. Die Diskrepanz zwischen der Legitimation des gegenwärtigen Wohlfahrtsregimes und gesellschaftlichen Ansprüchen an Teilhabe entzündet im Lokalen konkrete Kritik: In ihrer Alltagsebene, der Kommune, erleben Bürger*innen diese Diskrepanz. Hier erwarten sie ein politisches Korrektiv, auch für übergeordnete Entwicklungen, und artikulieren ihre Forderungen von gesellschaftlicher Teilhabe in sozialen Bewegungen (ebd.: 23). Inwieweit solche Formen der Artikulation und Bekämpfung von Missständen aktueller Wohlfahrtsregime abseits der gut erforschten Metropolen (ebd.) in peripheren Räumen zu finden sind, gilt es hier zu eruieren (vgl. McMichael 2016; Patel/Moore 2017). Ein zentraler Ansatzpunkt dafür ist der Mangel an Ressourcen der dort zuständigen Verwaltungen, nachfolgend als *Prekarität* bezeichnet. Prekarität ist ein breiter und häufig genutzter Begriff, der einen Zustand von Unsicherheit, Ungewissheit und begrenzter Planbarkeit beschreibt (Vogel 2015: 6). In den Sozialwissenschaften wird er vor allem verwendet, um im Kontext der „Transformation der Arbeitsgesellschaft“ (Kraemer 2008: 77) die Lebenslagen und Arbeitsverhältnisse von Menschen zu beschreiben, deren Einkommen nicht ausreicht, um die eigenen Existenzgrundlagen zu sichern (vgl. Bourdieu 1998; Kraemer 2008).

Diese Arbeit bezieht Prekarität auf die eingeschränkte Handlungsfähigkeit kommunaler Verwaltungen. Die nötigen Ressourcen und Entscheidungskompetenzen für auf kommunale Ebene übertragene Verantwortung werden jedoch weniger den öffentlichen Verwaltungen zugetragen. Vielmehr sollen nicht-staatliche Akteur*innen aktiviert werden, diese ihrerseits in Stadtentwicklungsprozesse einzubringen (Wegner 2012: 283). Stadtentwicklung ist heute immer Produkt eines Zusammenwirkens unterschiedlicher Akteur*innen aus einer Sphäre zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft (Selle 2018: 21-29; Vollmer et al. 2021: 6). Dabei bestehen immer Schnittmengen zwischen den drei Polen. Einzelne Akteur*innen lassen sich nicht immer eindeutig einem Teil der Sphäre zuordnen oder sie vereinen als intermediäre Akteur*innen Eigenschaften aus mehreren Teilen (Selle 2018: 404 f.). Keiner der drei Pole ist deshalb als monolithischer Block wahrzunehmen, der innerhalb einer Kommune einheitliche Handlungslogiken verfolgt.

1 Im Rahmen der Forschung wird auf das Konzept der Governance zurückgegriffen.

Dabei beschreibt Governance kein explizit normatives Konzept, sondern spannt rein analytisch und prozessorientiert ein Untersuchungsfeld für das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteur*innen an den Prozessen der Stadtentwicklung auf (vgl. Demirovic 2011; Selle 2018: 41; Vollmer et al. 2021: 13-14).



Besondere Tragweite entfalten die genannten Entwicklungen in Kommunen, die von Prozessen der Peripherisierung (vgl. Höcke/Görmar 2021) betroffen sind. Die Kommunen verfügen – auch im Bereich der Stadtplanung – nicht über die Ressourcen, diesen Herausforderungen entgegenzutreten (vgl. Altröck 2014: 16–17). Besonders in peripheren Kommunen scheint es daher nicht verwunderlich, wenn ein gewisser *Pessimismus* (vgl. BBSR 2021: 23) die Denk- und Handlungslogiken erfasst. Das betrifft nicht nur die Verwaltungen; oft existieren gerade in peripheren Kommunen weniger stark ausgeprägte zivilgesellschaftliche Strukturen, Wille und Kraft bzw. Ressourcen zum Engagement (siehe auch Beiträge von Roland Roth und Sophia Fiedler, Victoria Grau und Noa Wilhelmi in diesem Band) sind in geringerem Maße vorhanden (Butzin/Gärtner 2017: 514).

Drei Dimensionen städtischer Koproduktion

Unter dem Begriff der Koproduktion wurde in den Politik- und Planungswissenschaften, aber auch in der politischen Praxis der vergangenen Jahre eine besonders intensive Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen oder privatwirtschaftlichen Akteur*innen diskutiert (vgl. Schuppert 2009; Selle 2010; Mitlin 2008; Alford 2009; Brandsen/Pestoff 2006), die hinsichtlich der Intensität und Verantwortungsübernahme über das deskriptive Verständnis von Governance als netzwerkartiges Management von interdependenten Akteur*innen hinausgeht (vgl. Mayntz 2004: 66).

Das Konzept der Koproduktion geht auf die Wirtschaftswissenschaftlerin Elinor Ostrom zurück. Sie untersuchte in den 1980er-Jahren Prozesse der Bereitstellung kommunaler Dienstleistungen und formulierte mit ihrem Konzept eine Kritik an zentralistischem Verwaltungshandeln (vgl. Ostrom 1996). Sie definiert Koproduktion als „process through which inputs used to produce a good or service are contributed by individuals who are not ‚in‘ the same organization“ (ebd.: 1073). Ostrom fokussiert sich dabei allerdings auf das Ergebnis (nicht den Prozess) von Koproduktion in Form einer verbesserten Bereitstellung von Gütern und Leistungen der Daseinsvorsorge. Damit wird implizit immer auch ein Versagen staatlicher Verwaltung formuliert, eine adäquate Daseinsvorsorge zu gewährleisten (Demirović 2011: 93). In der Praxis sind dabei jedoch unterschiedliche Argumentationen hinter dem Einsatz des Instruments Koproduktion zu beobachten. Butzin und Gärtner (2017) kategorisieren diese in zwei divergierende Zielformulierungen: Eine *substitutive Koproduktion*, also eine Übernahme von (Dienst-)Leistungen der Daseinsfürsorge, die Kommunen „aufgrund mangelnder Tragfähigkeit“ (ebd.: 514) sonst nicht weiterbetreiben würden, ermöglicht der öffentlichen Hand zwar eine kurzfristige Mitteleinsparung; oftmals kommt es aber zu einem Qualitätsverlust. Die Zivilgesellschaft verfügt nicht über genügend strukturelles Wissen oder ist von der Aufgabe überfordert (ebd.: 516). Im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe



kann *additive Koproduktion* prekären Verwaltungen dagegen zu mittelfristiger Mitteleinsparung verhelfen und dabei zu hochwertigeren oder umfangreicheren öffentlichen Leistungen führen. Der kommunalen Verwaltung und ihrer Spitze kommt in dieser konsensual gedachten Strategie die Rolle der Initiator*innen und Unterstützer*innen zu (ebd.: 312). Aus dieser Perspektive handelt es sich bei Koproduktion also um ein Instrument der Stadtverwaltung oder -politik, um zivilgesellschaftliche Akteur*innen top-down zu aktivieren (siehe Abb. 7).

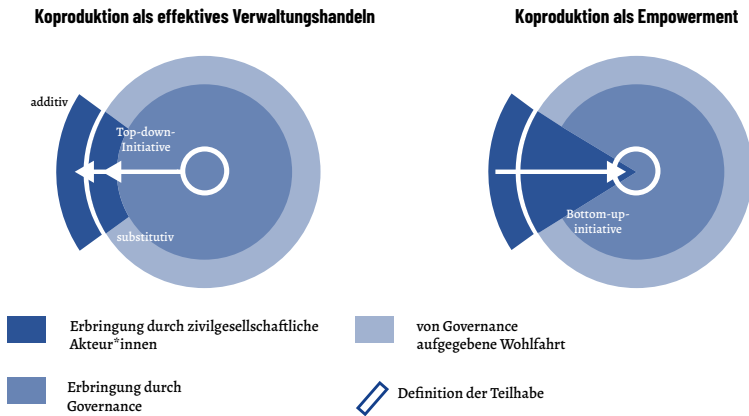


Abb. 7: Theorien zur Koproduktion von Wohlfahrt

Koproduktion verspricht, so Michael Ziehl, ein lokaler, agiler, diverser und selbstorganisierter Prozess zu sein (2020: 27) – ein neues Instrument kooperativer Planung. Koproduktion wird hier primär aus einer zivilgesellschaftlichen Initiative heraus verstanden. Unzufriedenheit mit konkreten stadträumlichen Situationen im Quartier und das Streben nach Selbstbestimmung stehen im Vordergrund (ebd.). „Hinzu kommt mitunter der Wunsch, sich durch solches Engagement eine ökonomische Lebensgrundlage aufzubauen“ (ebd.). Diese meist partikularen Ausgangsinteressen können aber auch für die Stadtentwicklung positive Effekte haben, indem beispielsweise die Lebensqualität von Bewohner*innen erhöht wird (ebd.: 27 f.).

Gleichzeitig lässt sich hier ein normativ positives Verständnis von Zivilgesellschaft erkennen. Lisa Vollmer (2021: 246) kritisiert beispielsweise, dies klammere aus, dass Forderungen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen keineswegs immer weitsichtig seien oder auf sozial-ökologische Gerechtigkeit abzielten. Die Kontextualisierung innerhalb einer Neoliberalisierung staatlicher Strukturen bleibt ebenso aus (vgl. Butzin/Gärtner 2017: 515). Auch gibt es bislang kaum eine kritische Einordnung der Grunderfordernisse der Aktivierung und Responsibilisierung der lokalen Bevölkerung für die Übernahme öffentlicher Leistungen im Kontext von Koproduktion. Bislang sind die Beteiligten in koproduktiven Formaten meist weitgehend vom Wohlwollen der Entschei-



Träger*innen abhängig (Schneider 2015: 28-31). Zivilgesellschaftliche Akteur*innen können zwar signifikanten Einfluss nehmen, ihnen wird dabei aber keine Entscheidungs- und Handlungsmacht übertragen (Becker 2015: 73).

Neuere Publikationen zu Strategien der eigenmächtigen Verbesserung des Lebensumfelds benachteiligter Communities im globalen Süden setzen an diesem zentralen Punkt der Kritikäußerung an. So zeigt Diana Mitlin (2008) in ihrer Untersuchung sozialer Bewegungen auf, wie Koproduktion *von unten* zu einer politischen Strategie avanciert ist. Dabei geht es nicht mehr nur um den verbesserten Zugang zu Gütern und Infrastrukturen, sondern auch um den Ausbau politischer Teilhabe, etwa das Empowerment der armen städtischen Bevölkerung. Laut Jakub Galuszka eignet sich Koproduktion dazu, sozialen Bewegungen politische Einflussnahme außerhalb erprobter Governanceformate zu ermöglichen (2019: 155). Vollmer et al. (2021: 15-16) weisen überdies darauf hin, dass Koproduktion meist Ergebnis eines artikulierten Missstands oder mangelhafter Daseinsvorsorge ist. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen werden selbst zu Produzent*innen dieser Güter und Infrastrukturen und verbessern ihre Machtposition, indem sie planerische Werkzeuge nutzen, um Teilhabeforderungen marginalisierter Gruppen zu verstärken (Watson 2014). Das bewirkt eine Verschiebung bisheriger Entscheidungsstrukturen und eine Ausweitung der politischen Teilhabe zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Dies kann auch darin bestehen, dass sie selbst definieren, was überhaupt als Teilhabe gilt, also nicht nur an Lösungsvorschlägen teilhaben, sondern schon bereits an der Problemdefinition.

Zwischen diesen Polen von Koproduktion als Qualitätssteigerung der Daseinsvorsorge und Koproduktion als Empowerment lotet Jakub Galuszka drei in bisherigen Fallstudien widersprüchlich beantwortete Dimensionen aus. Zum einen das Spannungsfeld Institutionalisierung versus Flexibilität der Koproduzent*innen (Galuszka 2019: 150): Eine institutionelle Einbindung wird als sinnvoll beschrieben, wenn die Zivilgesellschaft schwach und unorganisiert ist. Gleichzeitig droht mit der Einbindung in kommunale Governancestrukturen auch das Risiko einer Entpolitisierung der Forderungen (Pieterse 2008: 94). Anders als es die theoretischen Positionen formulieren, gibt es bislang einen Mangel an empirischen Daten, die die greifbaren Ergebnisse der Koproduktion zeigen (Voorberg et al. 2015, zitiert nach Galuszka 2019: 152). Es bleibt also zu fragen, was genau eigentlich koproduziert wird – Öffentlichkeit, Diskurs, Räume oder Physisch-Materielles, bauliche Eingriffe, Dienstleistungen und sonstige öffentliche Güter? Dokumentiert ist, dass Koproduktion auf Projektebene zu Veränderungen in den Governancestrukturen führen kann, die von kleinen institutionellen Veränderungen (vgl. Shand 2015) und der Ermächtigung bestimmter Gruppen (vgl. Banana et al. 2015) bis hin zu einer Anerkennung der städtischen Armen (vgl. Mitlin 2008) reichen.

Die Untersuchung von Koproduktion als Empowerment fand bislang nur für den globalen Süden statt, nicht aber bezogen auf periphere Kommunen



im globalen Norden, in denen wenig Ressourcen für Stadtentwicklung jenseits der Pflichtaufgaben bleiben. Vor diesem Hintergrund fragt die vorliegende Arbeit weniger nach dem Innovationspotenzial der effektiveren öffentlichen Stadtentwicklung, sondern nach der Eignung dieses neuen Ansatzes zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung in prekären Kommunen und der Schaffung von Teilhabe. Untersucht wurde, aus welcher Kritik am bestehenden System der Stadtentwicklung das Projekt „Stadtmensch“ 2016 in Altenburg entstand, in welchen organisatorischen und umsetzungsbezogenen Formen und Handlungsmustern koproduktive Stadtentwicklung vor Ort derzeit arrangiert ist, und wie die Corona-Pandemie als zusätzliche Rahmenbedingung das Wirken des Projekts beeinflusst hat.

Stadtmensch in Altenburg – Was wie wo (ko)produziert wird

Eine der ersten zentralen Erkenntnisse aus den Untersuchungen in Altenburg ist die Präsenz eines Pessimismus bei allen befragten Akteur*innen. Dieser Pessimismus prägt die Arbeit der Akteur*innen auf unterschiedliche Weise und baut dabei einen gewissen Handlungsdruck auf:

Die Aussagen aus der Stadtverwaltung bestätigen die direkten Auswirkungen von Schrumpfung, Peripherisierung und Prekarität auf deren Handeln. So beschreibt der Oberbürgermeister die infolge der kleiner werdenden Bevölkerung stetig sinkenden kommunalen Einnahmen als Einschränkung der Handlungsfähigkeit; die verfügbaren Mittel würden „für im Grunde genommen dieselbe Anzahl an Aufgaben geringer“ (44-45). Auch im Bereich der Stadtentwicklung machen sich die fehlenden Ressourcen bemerkbar; die Arbeit der zuständigen Stelle muss sich rein auf die formell vorgeschriebenen Beteiligungsprozesse beschränken (Interview Stadtentwicklung: 333-340).

Dabei besteht eine Abhängigkeit von Landes- und Bundesebene, die sich noch deutlich weiter erstreckt als nur auf den kommunalen Finanzausgleich. Insbesondere die Förderpolitik wirkt sich massiv auf die kommunalen Handlungslogiken aus (Interview Oberbürgermeister: 727-730; Interview Wirtschaftsförderung: 147-154).

Es scheint daher wenig verwunderlich, dass von Seiten der lokalen Zivilgesellschaft auch die Verwaltung als von Pessimismus geprägt wahrgenommen wird (Interview Stadtmensch: 1059-1060). Teile der Verwaltung würden Prozesse aktiv verschleppen und gegenarbeiten, was die Umsetzung von Projekten teils erheblich erschwere (ebd.: 1126-1155). Es ist die Auffassung erkennbar, dass besonders Stadtmensch Teilhabe an Prozessen der Stadtentwicklung als etwas sieht, das von Seiten der Zivilgesellschaft selbst geschaffen werden muss, da Verwaltung und Politik auf allen Ebenen nicht zu aktiver Gestaltung in der Lage seien: „Das ist ein gewisses Mindset, was man dazu braucht, wenn ICH das jetzt nicht tue, dann macht das niemand für mich, ne, also es wird keine Stadtverwaltung für mich Stadt so gestalten, wie ich das gerne hätte“ (Interview Stadtmensch:



350-355). Dies kann als Ausdruck einer inkorporierten Eigenverantwortung, einer neoliberalen Regierungstechnik gelesen werden (Bröckling 2017: 180).

Die Quelle dieses angesprochenen Pessimismus wird allerdings nicht nur im Zustand der Verwaltung gesehen, sondern auch in den Prozessen der Peripherisierung. Die vergangenen Blüten Altenburgs werden als Gegensatz zur heutigen Situation gesehen, geprägt von wirtschaftlichen Strukturbrüchen, einer hohen Arbeitslosigkeit in den 1990er-Jahren, Überalterung und Abwanderung vieler Menschen mit einer großen Zahl von Leerständen als Folge. Es gibt also auch einen wahrgenommenen Pessimismus in der Stadtgesellschaft selbst (Interview Stadtmensch: 82-90), der mithin in den Entwicklungen der Vergangenheit wurzelt (Interview Wirtschaftsförderung: 132-137).

Gerade weil die etablierten Institutionen als untätig wahrgenommen werden, werden Selbstermächtigung und die Übernahme von Eigenverantwortung wichtig (Röhl 2021: 73). Die Wirkung von Stadtmensch gegen ebendiesen Pessimismus wird auch von Akteur*innen bestätigt (Interview Oberbürgermeister: 123-142; Interview Wirtschaftsförderung: 161-168).

Stadtmensch – Vom Stadtfestival zur Gründungsberatung

Der Ursprung für die Gründung von Stadtmensch kam nicht aus dem zivilgesellschaftlichen Umfeld vor Ort, sondern aus dem stadt-eigenen Schloss- und Kulturbetrieb (Interview Wirtschaftsförderung: 184-220). Stadtmensch strebte zu Beginn vor allem nach Sichtbarmachung und Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements in Altenburg, als Reaktion auf den vorherrschenden Pessimismus. Nach Watson (2014) startet hier bereits die Koproduktion: Stadtmensch benennt als Problem des Pessimismus in der Stadtgesellschaft Altenburgs nicht nur die eingeschränkte Handlungsfähigkeit von öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft, sondern auch die fehlende Sichtbarkeit und Anerkennung von Teilen der bestehenden Akteur*innenlandschaft. Ziel war es, das „zivile Engagement mal auf eine andere Weise [zu] ehren als mit Sektglas und Anstecknadel“ (Interview Stadtmensch: 76-77).

Erst mit der Förderung durch die NSP rücken ab 2019 Aspekte der Stadtentwicklung in den Vordergrund der Arbeit von Stadtmensch, Aktionsradius und Sichtbarkeit vergrößern sich spürbar. Diesen zweiten Zeitraum prägt, dass die Initiative fortan als Netzwerk Räume für neue Beteiligungskulturen, Selbstermächtigung und soziale Innovation schaffen möchte (Röhl 2021: 55). Der neue Raumbezug von Stadtmensch ist als mitentscheidend zur Verwirklichung neuer Teilhabemöglichkeiten zu sehen.

In der Rückschau bezeichnen sowohl die Hauptamtlichen der Initiative als auch Vertreter*innen der Verwaltung den Fördermittelbescheid im Umfang von knapp 700.000€ als Wegbereiter zur Legitimation und Etablierung der Initiative in der Stadtgesellschaft. Um aufkommender Skepsis ent-



gegenzuwirken, bekam die Initiative vom Fachbereich der Stadtentwicklung Altenburgs zusätzliche Rückendeckung. Konkret drückte sich dies durch Unterstützung bei der Suche nach innerstädtischen Leerständen für die Einrichtung der „Quartiersanker“ aus (Interview Stadtentwicklung: 178-192).

Diese sind ein wesentlicher Bestandteil der Struktur von Stadtmensch und sind als Begegnungs- und Nachbarschaftsorte dezentral über den Stadtraum

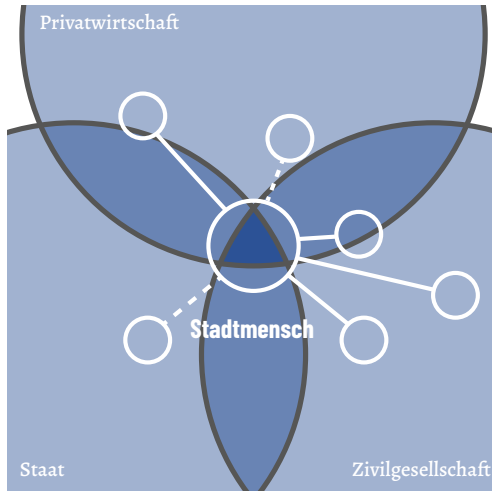


Abb. 8: Stadtmensch besteht aus einem inneren Kern mit formalisierten Kooperationen und einem breiten äußeren Netzwerk; die Initiative agiert dabei als intermediärer Akteur

verteilt. Mit den Quartiersankern als feste Kooperationen wurden dezentrale Anlaufpunkte in der Stadt als Gegenbild zu den zahlreichen Leerständen etabliert, die Austausch und Vernetzung dienlich sind und auch von Stadtentwicklung (406-408) und Wirtschaftsförderung (185-202) anerkannt werden. Auch die Struktur des Netzwerks verfolgt einen dezentralen Ansatz: Neben einem inneren Kreis von wenigen Personen, zu denen zwei hauptamtliche Stellen gehören, besteht die Initiative aus einem losen äußeren Netzwerk an zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, öffentlichen Institutionen und Privatpersonen (siehe Abb. 8) (Interview Stadtmensch: 462). Die Möglichkeiten zur Mitwirkung reichen von der losen Teilnahme an Netzwerkrunden bis zur Funktion als Projektträger*in (Röhl 2021: 58).

Die Phasen der Gründung und Etablierung sind maßgeblich gekennzeichnet durch die Vorbereitung des Ziel- und Aktionshorizonts von Stadtmensch. Zentraler Bestandteil dessen war das „Stadtspieler-Spiel“, ein Gamification-Ansatz, der während der Kickoff-Veranstaltung 2019 zur Ableitung zentraler Handlungsfelder im Stadtumfeld führte (Röhl 2021: 58). Ergebnis des Stadtspieler-Spiels war die sogenannte „Zielebene“ (Interview Stadtmensch: 331-333), anhand derer die Kriterien zur Förderung von Einzelmaßnahmen ablesbar werden.



Was die Initiative in ihrer konzeptionellen und organisatorischen Ausrichtung deutlich von klassischen Fördermöglichkeiten unterscheidet, ist die frühe Etablierung einer *Kultur des Scheiterns*. Stadtmensch positioniert sich in ihrer Arbeit nicht (stadt-)politisch, die Initiative will primär Einzelpersonen bei der Erfahrung von Selbstwirksamkeit unterstützen (141-148). Zwar wird das Selbstverständnis als gemeinwohlorientiertes Netzwerk im Interview genannt (ebd.: 331), in der Praxis dann aber in Form von Abstimmungen über Projektvorschläge und den Ergebnissen des Stadtspielerspiels sowie des *Do-ocracy*-Ansatzes² breit ausgelegt. Stadtmensch ermächtigt Bürger*innen zum *Selbermachen* und eröffnet dabei durch die freie Arbeitsweise ohne feste Vereinsstrukturen alternative Formen von Engagement. Interne Abstimmungsprozesse werden damit reduziert, der Fokus liegt auf den einzelnen Projekten und ihrer Umsetzung. Die Zielebene, die mit dem Stadtspieler-Spiel erarbeitet wurde, bietet dafür einen losen Rahmen. Daneben trägt Stadtmensch dazu bei, öffentliche Räume durch Aktionen temporär zu beleben und dauerhafte optische Veränderungen im Stadtbild zusammen mit Bürger*innen anzustoßen (Interview Wirtschaftsförderung: 206-220). Vor allem junge Menschen (siehe auch Beiträge von Ulrich Lakemann und Laura Bertelt, Judith Platte, Philipp Tommrich in diesem Band) erhalten dadurch Zugang zur Stadtgesellschaft (Interview Oberbürgermeister: 132-142 und Interview Wirtschaftsförderung: 230-272).

Die dritte Phase ist schließlich geprägt von der Pandemie, die die auf Begegnung ausgerichtete Arbeitsweise von Stadtmensch infrage stellt. Gleichzeitig steht diese Phase im Zeichen der auslaufenden NSP-Förderung im Jahr 2021. Zwar ist mittlerweile über die schweizerische *DROSOS-Stiftung* eine Anschlussförderung zum Erhalt der Projektkoordination gefunden worden, so niedrigschwellig wie im Rahmen der NSP-Förderung wird sich der Zugang zu finanziellen Ressourcen jedoch nicht verstetigen lassen (Interview Stadtmensch: 1367-1374).

-
- 2 Das Konzept der *Do-ocracy* bezieht sich auf eine Art der partizipatorischen Demokratie, in der die Bürger „den öffentlichen Raum (mit-)gestalten, nicht durch Beratungen, Abstimmungen oder Verhandlungen, sondern durch die Verwirklichung konkreter Projekte im öffentlichen Raum ihrer Nachbarschaft“ (van de Wijdeven 2012). Die Verantwortlichkeit liegt somit bei den handelnden Personen und nicht bei gewählten oder bestimmten Posten. Da die *Do-ocracy* als eine neue Form der öffentlichen Entscheidungsfindung ohne Abstimmungen oder Beratungen vorgestellt wird, wirft sie Fragen hinsichtlich ihrer demokratischen Legitimität auf. Aktive Bürger*innen wirken mit ihren konkreten Projekten oder Initiativen - die oft mit öffentlichen Mitteln finanziert werden - in den öffentlichen Raum und beeinflussen das Leben der Menschen in der Nachbarschaft (van Hulst et al. 2011). Der Trend zur *Do-ocracy* spiegelt also das wider, was Bovens (2014) eine „Verlagerung der Politik“ nennt, von der formellen Politik in den Stadträten hin zu *community policies* der aktiven Bürger*innen auf der Ebene der Nachbarschaft.



Unter dem Eindruck der auslaufenden Förderung konzentriert sich Stadtmensch stärker auf Tätigkeitsbereiche, die zur Verstetigung beitragen (1035-1039). Hierzu gehört in erster Linie das aus der Initiative heraus entstandene Gründungslabor *Ahoi Altenburg* (ebd.). Hierzu heißt es bei Röhl (2021: 63), Ahoi Altenburg wurde vor allem ins Leben gerufen, weil Stadtmensch bislang vermehrt Menschen angezogen hat, die ohnehin in Altenburg selbstständig werden möchten.

Stadtmensch und lokale Governancestrukturen – unabhängig und doch vernetzt

Als intermediärer Akteur ist Stadtmensch nicht eindeutig einer der drei Sphären von Markt, Staat und Zivilgesellschaft zuzuordnen (siehe Abb. 8). Verbindendes Element der Initiative ist der Wille gestalten zu wollen – immer mit der Ambition, Stillstand und den konstatierten Pessimismus in Stadtgesellschaft und Verwaltung zu überwinden. Die Erkenntnisse deuten darauf hin, dass Stadtmensch zumindest für die befragten Teile der Verwaltung neuartig und schwer zu klassifizieren ist. Als eigeninitiativ wirkender Akteur der Stadtentwicklung ausgehend von „Mitmachangebote[n], die niedrighschwellig sind“ (Interview Wirtschaftsförderung: 162) und der Förderung von „Einzelprojektnehmern“ (Interview Stadtentwicklung: 176) ist Stadtmensch inzwischen von Seiten der befragten Verwaltungsakteur*innen auch in seiner Wirkung dennoch durchweg anerkannt (Interview Oberbürgermeister: 158-159 und 174-175).

Stadtmensch wird von Seiten der Stadtverwaltung stark über die hauptamtlich Beschäftigten definiert, Formen der Zusammenarbeit schildert vor allem die Wirtschaftsförderung (637-640). Die notwendige Rechtssicherheit im Verwaltungshandeln (Interview Wirtschaftsförderung: 21-22; Interview Oberbürgermeister: 164 und 188) erschwert insgesamt innovatives Verwaltungshandeln und speziell die Zusammenarbeit mit neuen Akteur*innen. Dazu kommt die Skepsis, ob Stadtmensch „nachhaltig“ (Interview Oberbürgermeister: 157-161), also längerfristig in Altenburg aktiv ist.

Der Kontakt wird von Seiten des Oberbürgermeisters (510-516) und der Leitung der Stadtentwicklung (412-421) als bedarfsorientiert und regelmäßig geschildert, während die Wirtschaftsförderung auch beratend unterstützt. Von Stadtmensch wird das so bestätigt, gleichzeitig aber auch darauf hingewiesen, dass Einladungen zu Veranstaltungen nicht wahrgenommen werden (1086-1100). Hier bemängelt die Initiative ein einseitiges aktives Bemühen um Kontakt oder Kooperation (ebd.: 903-906). Sie wurde in ihrem Selbstverständnis als Ressource für die Stadtentwicklung bislang nur von der Leitung der Wirtschaftsförderung für ein konkretes Projekt angefragt (456-463). Insgesamt erlauben persönliche Beziehungen schnellen Kontakt, negative Vorerfahrungen behindern aber auch stärkere Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Stadtmensch (Interview Stadtmensch: 874-876). Einzel-



kontakte sind für die Zusammenarbeit mit der Verwaltung essentiell: „wenn man dann das nicht mehr hat, dann ist man hier total aufgeschmissen“ (ebd.: 1150-1151). War die Zusammenarbeit von Stadtmensch mit der Stadtverwaltung anfangs holprig, so verbessert sie sich über den Verlauf des Bestehens der Initiative. Stadtmensch betont gleichsam, dass diese Akzeptanz als eine Aufgabe aller Beteiligten gesehen wird, die anfangs noch nicht gegeben war (2. Zwischenbericht an den Fördermittelgeber 2020: 17, zitiert nach Röhl 2021: 90).

Punktuell besteht also enger Kontakt zwischen Stadtmensch und der Verwaltung und an diesen Stellen auch eine produktivere Zusammenarbeit. Mit anderen Akteur*innen gibt es wenig oder keinen Austausch, einzelne Teile der Verwaltung werden gar als Hemmnis für die Arbeit der Initiative wahrgenommen (Interview Stadtmensch: 564-567, 1126-1155). Die Bedeutung von Stadtmensch als Akteur der Stadtentwicklung wird nicht von allen Teilen der Verwaltung gesehen, auch wenn die Initiative gerne genutzt wird, um Öffentlichkeit zu schaffen: „[E]r [der Oberbürgermeister] kann uns natürlich als die Art von Bürgerbeteiligung nutzen, die ja gerne gesehen wird, ne so in den Ministerien usw.“ (Interview Stadtmensch: 922-924). Der Oberbürgermeister wiederum konstatiert mit Blick auf die Rolle der Initiative Stadtmensch in der Stadtentwicklung: „Also für die Stadtgemeinschaft übernehmen sie auf jeden Fall eine Aufgabe, ja.“ (Interview Oberbürgermeister: 202). Stadtmensch zielt also nicht wie bei Vollmer et al. beschrieben auf die konfrontative Artikulation eines Missstands (2021: 15-16) ab, sondern auf produktive Lösungen. Anders als in der konsensual verstandenen Theorie von Butzin und Gärtner zu Koproduktion des Verwaltungshandelns arbeitet Stadtmensch zudem nachweislich nicht in Abstimmung oder gar auf Bitte der Kommunalverwaltung, sondern hat sich selbst bzw. mit Unterstützung der NSP ermächtigt (ebd.). Stadtmensch weitet also für seine aktiven Netzwerkmitglieder die politische Teilhabe aus, anfangs meist projektbezogen, zunehmend jedoch auch strukturell, wie beispielsweise die nun forcierte Einführung eines „Bürgerfonds“ im Kommunalhaushalt auf Idee von Stadtmensch hin verdeutlicht (Interview Oberbürgermeister: 163-175).

Auch das noch – Koproduktion in der Corona-Pandemie

Viel deutet darauf hin, dass die Corona-Pandemie als Krise bezogen auf die öffentliche Verwaltung in Altenburg im Wesentlichen zu einer Fortsetzung bestehender Handlungslogiken geführt hat. Stadtmensch beschreibt eine ähnliche Untätigkeit der Stadtverwaltung wie vor der Pandemie (1338-1341 und 1352). Teile der Verwaltung wirken weiterhin als Hindernis für die Umsetzung von Projekten (ebd.: 1126-1155), die Abteilung für Stadtentwicklung gewährleistet lediglich die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben (440-445).

Stadtmensch selbst hat während der Pandemie die eigene Reichweite und die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen genutzt, um auf



Probleme und Herausforderungen unterschiedlicher Personengruppen aufmerksam zu machen (Röhrl 2021: 61) (siehe Abb. 9). Die Zusammenarbeit mit der städtischen Wirtschaftsförderung an Vorstellungsvideos für den lokalen Einzelhandel wird von Seiten der Verwaltung dabei explizit mit der großen Flexibilität und Handlungsfähigkeit von Stadtmensch während der Pandemie begründet (Interview Wirtschaftsförderung: 453-463) und stellt einen der intensivsten Kontaktpunkte zwischen Stadtmensch und der Verwaltung dar.

Generell betonen mehrere Seiten, welches Konfliktpotenzial sich durch die Corona-Pandemie in Altenburg entfaltet und wie schwer es einzelnen Akteur*innen besonders aus der Zivilgesellschaft fällt, weiterzuarbeiten. Das liegt an einer gewissen Müdigkeit und Erschöpfung nach fast zwei Jahren teils massiver



Abb. 9: Die Stadtbude – während der Pandemie schafft Stadtmensch einen Begegnungsort für die Stadtgesellschaft

Einschränkung des öffentlichen Lebens (Interview Stadtmensch: 200-225 und 227-250). Der Wegfall von Engagierten stelle für Stadtmensch kein allzu großes Problem dar, da das Netzwerk einen festen Kern hat und weniger an regelmäßiges Engagement vieler weiterer Menschen gebunden ist (ebd.: 1277-1287). Die flexiblen Strukturen ermöglichten so ein Fortbestehen vieler Teile der Arbeit auch während der Pandemie (ebd.: 1227-1250). Gleichzeitig stellt die Corona-Pandemie Stadtmensch aber zweifellos vor große Herausforderungen: die Organisation des Netzwerks nach dem Prinzip der Do-ocracy gerät an seine Grenzen, weil die eigene Legitimierung durch informelle Teilnehmungsformate stark eingeschränkt wird.



Koproduktion als Treiber neuer Teilhabechancen. Nur für wen?!

Mit der untersuchten Forschungslücke von Koproduktion als Empowerment für zivilgesellschaftliche Akteur*innen in einer peripheren Kommune bringt die Fallstudie neue Erkenntnisse für die planungswissenschaftliche Debatte um Koproduktion im deutschsprachigen Raum. So bleibt zunächst festzuhalten, dass in Altenburg zwischen Stadtmensch und der Verwaltung nur in geringem Maße Ansätze koproduktiven Handelns bestehen. Die Aussagen aus den Interviews deuten auf kooperative Abstimmungen in erster Linie bei kleineren, umsetzungsbezogenen Fragestellungen hin. Bestehende Arrangements sind von Beziehungen einzelner Personen geprägt.

Für die Fokussierung auf Stadtentwicklung war die Förderung als Pilotprojekt der NSP maßgebend. Ohne die von den finanziellen Ressourcen ausgehende Gestaltungsfreiheit wäre die feste Etablierung von Stadtmensch in der lokalen Governance schwieriger möglich gewesen. Angesichts der wenig formalisierten Zusammenarbeit zwischen Stadtmensch und den Akteur*innen der Stadtverwaltung scheint koproduktives Handeln folglich keine Ausgangsvoraussetzung zur Etablierung eines zivilgesellschaftlichen Akteurs in der Stadtentwicklung zu sein. Stadtmensch erfüllt also primär eine *additive* Funktion mit zusätzlichen Qualitäten für die Stadtentwicklung in Altenburg.

Aus der Diskussion um die Aushandlung der lokalen Governance positioniert sich die Initiative in einem komplexen Verhältnis zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft und leistet als neuartiger intermediärer Akteur Impulse für ein alternatives Planungsverständnis in Ergänzung zu tradierten kommunalen Planungsparadigmen. Daher ist das Wirken der Initiative auch eher als parallele und kaum als „Ko-“produktion zu bewerten. Unter dem Motto „Stadt selber machen“ (Stadtmensch o.J.) macht Stadtmensch Stadtentwicklung für viele Altenburger*innen erfahrbar und gestaltbar, ermächtigt sich also selbst bzw. durch die Förderung der NSP zu mehr kultureller Teilhabe an Stadt. Damit haben Akteur*innen wie Stadtmensch das Potenzial, dem Pessimismus auch in vergleichbaren Städten mit einem positiven Imagewandel nach innen und außen entgegenzutreten.

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass Stadtmensch Ausdruck einer neoliberal begründeten Verantwortungsverschiebung auf nicht-staatliche Akteur*innen in der Stadtentwicklung ist. Innovatives Handeln und das Schaffen neuer Möglichkeiten der Teilhabe für die Stadtgesellschaft werden demnach nur noch außerhalb der Verwaltung verortet. Die Initiative ermöglicht mit dem niedrigschwelligen Angebot kulturelle Teilhabe von Einzelpersonen und Initiativen, bleibt aber blind für Fragen der Repräsentativität, Teilhabebarrrieren und fehlender Ressourcen von Teilen der Stadtgesellschaft. Ein Empowerment bestimmter sozialer Gruppen der Stadtgesellschaft findet



demnach nicht statt, wird aber auch nicht angestrebt. Ziehls Forderung, dass Koproduktion keine Ausnahme bleibt, sondern zahlreicher oder gar zur Regel wird, ist deshalb vor dem Hintergrund einer Verantwortungsver-schiebung von öffentlichen auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen kritisch zu prüfen (Vollmer 2021: 246). Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Kapital für zivilgesellschaftliches Engagement zwischen verschiedenen sozialen Gruppen ungleich verteilt ist (Butzin und Gärtner 2017: 519).

Offen bleibt somit, für wen Stadtmensch nun Stadtentwicklung betreibt: Die innerstädtischen Aktionen betreffen viele – die Entscheidungen aber werden dezentral auf Projektebene getroffen. Stadtmensch versteht sich hier explizit als nicht politisch (Interview Stadtmensch: 1265 – 1271): Missstände werden nicht in ihren Ursachen problematisiert, der Fokus stattdessen auf Lösungen gelegt; eine öffentliche Verantwortung wird trotz der öffentlichen Wirksamkeit verneint. Damit reiht sich das Beispiel Stadtmensch in die Kritik am Konzept der Do-ocracy der fehlenden öffentlichen Verantwortlichkeit ein (Blijleven 2012, Bovens 2005). Die Intention, Verantwortung auf Bürger*innen zu verschieben, gelingt hier demnach nur unter dem Einbüßen politischer Teilhabe aller zugunsten politischer Teilhabe derer, die über eigenes Kapital und Ideen verfügen. Ein Aushandeln, ein zentrales Momentum in einer demokratischen Gesellschaft, geht dabei verloren.

Eine Begriffsunschärfe der Koproduktion darf nicht den Blick darauf verstellen, dass es sich hier letztlich eine Verantwortungsabgabe wohlfahrts-staatlicher Aufgaben an Private in prekären Arbeitsverhältnissen Bahn bricht, bzw. diese eine parallele, koexistente Struktur der Stadtentwicklung etablieren, die von der öffentlichen Hand geduldet ist, öffentliche Aufgaben wahrnimmt, aber nicht demokratisch legitimiert ist (Bochinski/Drilling/Mayer 2022: 97). Ein normativ positives Verständnis von Zivilgesellschaft, wie es im theoretischen Planungsdiskurs z.B. bei Willinger (2022: 16; Ziehl 2020: 27-28) zu finden ist, scheint hier kontraproduktiv. In einem solchen Zustand des „Governing beyond the State“ (Swyngedouw 2018: 519), einem Charakteristikum postpolitischen Regierens, dürfen sich Planungspraxis wie -forschung nicht gemächlich einrichten. Dieser Beitrag schließt also mit dem Aufruf zur weiteren Fachdebatte um die Konkretisierung der Koproduktion.



Literatur

- Albrechts, Louis (2013): Reframing strategic spatial planning by using a coproduction perspective. In: *Planning Theory* 12/1, 46-63.
- Altrock, Uwe (2014): Das Ende der Angebotsplanung? Instrumente der Planung im Wandel. In: Patrick Küpper / Meike Maus / Friederike Müller / Peter Reimann / Sara Sondermann / Martin Stock / Katja Wiegand (Hg.), *Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten*. Hannover: ARL Akademie, 15-32.
- Banana, Evans / Chitekwe-Biti, Beth / Walnycki, Anna (2015): Co-producing inclusive city-wide sanitation strategies: lessons from Chinhoyi, Zimbabwe. In: *Environment and Urbanization* 27/1, 35-54.
- Becker, Elke (2010): *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Blijleven, Wieke (2016): *Accountable Democracy: an exploratory study of the accountability practices of active citizens*. Utrecht: Universiteit Utrecht.
- Bochinski, Svenja / Drilling, Jonas / Mayer, Till (2022): Zwischen Zivilgesellschaft und öffentlicher Verwaltung. Perspektiven koproduktiver Stadtentwicklung abseits der Großstadt. In: *RaumPlanung* 217/3/4, 95-97.
- Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall. In: Pierre Bourdieu (Hg.), *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Universitäts-Verlag: Konstanz, 96-102.
- Bovens, Mark / Schillemans, Thomas / Goodin, Robert E. (2014): *Public accountability*. In: *The Oxford handbook of public accountability* 1/1, 1-22.
- Branden, Taco / Pestoff, Victor (2006): Co-production, the third sector and the delivery of public services. In: *Public Management Review* 8/4, 493-501.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [BBSR] (2021): *Stadt gemeinsam gestalten. Neue Modelle der Koproduktion im Quartier*. Bonn: Eigenverlag.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [BBSR] (2018): *Gamification, Progressmärkte, Wikis & Co: Neues Wissen für die Stadt?* Bonn: Eigenverlag.
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat [BMI] (2020): *Neue Leipzig Charta*. Berlin: Eigenverlag.
- Butzin, Anna / Gärtner, Stefan (2017): Bürgerschaftliches Engagement, Koproduktion und das Leitbild gleichwertiger Lebensbedingungen. In: *Raumforschung und Raumordnung* 75/6, 513-526.
- Bröckling, Ulrich (2017): *Gute Hirten führen sanft: über Menschenregierungskünste*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Demirović, Alex (2011): Governance - eine neue Stufe staatlicher Herrschaft. In: Alex Demirović / Heike Walk (Hg.), *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 73-105.
- Galuszka, Jakub (2019): What makes urban governance co-productive? Contradictions in the current debate on co-production. In: *Planning Theory* 18/1, 143-160.



- Görmar, Franziska / Höcke, Christian (2021): Gleichwertige Lebensverhältnisse gemeinsam gestalten. Herausforderungen von Peripherisierung für die lokale Demokratie. In: *RaumPlanung* 212/3/4, 55-60.
- Hamedinger, Alexander (2018): Inkrementalismus. Perspektivischer Inkrementalismus. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung [ARL] (Hg.), *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. Hannover. 989-994.
- Herriger, Norbert (2020): *Empowerment in der Sozialen Arbeit: Eine Einführung*. 6. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Hering, Linda / Schmidt, Robert J. (2014): Einzelfallanalyse. In: Nina Baur / Jörg Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin: Springer, 529-541.
- Kraemer, Klaus (2008): Prekarität – was ist das? In: *Arbeit* 17/2, 77-90.
- Kronauer, Martin (2010): Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart. In: Martin Kronauer (Hg.), *Inklusion und Weiterbildung. Reflexion zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart*. Bielefeld: Bertelsmann, 24-58.
- Kuckartz, Udo (2014): *Mixed Methods. Methodologie, Forschungsdesigns und Analyseverfahren*. Wiesbaden: Springer VS.
- McMichael, Philip (2016): *Development and Social Change: A global Perspective*. Thousand Oaks: Sage.
- Mitlin, Diana (2008): With and beyond the state - co-production as a route to political influence, power and transformation for grassroots organizations. In: *Environment and Urbanization* 20/2, 339-360.
- Ostrom, Elinor (1996): Crossing the great divide: Coproduction, synergy, and development. In: *World development* 24/6, 1073-1087.
- Patel, Raj / Moore, Jason W. (2017): *A History of the World in Seven Cheap Things*. In: Edgar Pieterse (2008): *City future. Confronting the crisis of urban development*. Lansdowne/New York: Bloomsbury Publishing.
- Schneider, Tatjana (2015): Tod dem PROJEKT. In: *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung* 61, 27-31.
- Selle, Klaus (1998): Alte und neue Planungskulturen. Vermutungen über Zäsur und Kontinuität. In: Tilman Harlander (Hg.), *Stadt im Wandel – Planung im Umbruch*. Stuttgart: Kohlhammer, 49-62.
- Selle, Klaus (2010): Die Koproductio des Stadtraums. Neue Blick auf Plätze, Parks und Promenaden. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 2/2, 59-65.
- Selle, Klaus (2018): *Stadt entwickeln. Arbeit an einer Gemeinschaftsaufgabe: Texte aus Forschung und Praxis*. Lemgo: Verlag Dorothea Rohn.
- Shand, Wayne (2015): Exploring institutional change. <https://pubs.iied.org/sites/default/files/pdfs/migrate/10763IIED.pdf>? (letzter Zugriff am 05.02.2022).
- Stadtmensch (o.J.): *Selbermachen*. <https://www.stadtmensch-altenburg.org/about/> (letzter Zugriff am 27.1.2022).



- Swyngedouw, Erik (2013): Die postpolitische Stadt. In: *sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 1/2, 141-158.
- Swyngedouw, Erik (2018): *Promises of the political: Insurgent cities in a post-political environment*. Cambridge (USA): The MIT Press.
- Thüringer Landesamt für Statistik [TLS] (2021a): Bevölkerung der Gemeinden, erfüllenden Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften nach Geschlecht in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?GGglied=1&GGTabelle=gem&tabelle=gg000102&startpage=77&datcsv=&richtung=&sortiere=&vorpalte=1&SZDT=&anzahlH=-2&fontgr=12&mkro=&AnzeigeAuswahl=&XLS=&auswahlNr=&felder=0&felder=1&felder=2&zeit=2020%7C%7Cs1&anzahlZellen=2199> (letzter Zugriff am 19.01.2022).
- Thüringer Landesamt für Statistik [TLS] (2021b): Bevölkerung nach Altersgruppen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/portrait.asp?auswahl=gem&nr=77001&vonbis=&TabelleID=gg000103> (letzter Zugriff am 20.01.2022).
- Thüringer Landesamt für Statistik [TLS] (2021c): Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung der kreisangehörigen Gemeinden, erfüllenden Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften in Thüringen 2020 bis 2040 (am 31.12. des jeweiligen Jahres). <https://statistik.thueringen.de/datenbank/portrait.asp?auswahl=gem&nr=77001&vonbis=&TabelleID=gg001131> (letzter Zugriff am 20.01.2022).
- van de Wijdeven, Ted (2012): *Doe-democratie: Over actief burgerschap in stadswijken*. Tilburg: Eburon Uitgeverij BV.
- van Hulst / Laurens de Graf, Merlijn / van den Brink, Gabriel (2011): Exemplary practitioners: A review of actors who make a difference in governing. In: *Administrative theory & praxis* 33/1, 120-143.
- Vogel, Sabine (2015): *Jenseits der Prekarität. Materialien für politische Bildung und linke Politik*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Vollmer, Lisa / Calbet i Elias, Laura / Raab, Susanna / Aya, Kleine / Zanders, Theresa (2021): *Teilhabe und Gemeinwohl - ihre Krisen im deutschen Wohlfahrtsregime. Begriffsdefinitionen und aktuelle Verortungen*. e-pub.uni-weimar.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/4432/file/Vollmer_etal_TeilhabeundGemeinwohl.pdf (letzter Zugriff am 13.11.2021).
- Watson, Vanessa (2014): Co-production and collaboration in planning – The difference. In: *Planning Theory & Practice* 15/1, 62-76.
- Wegner, Martina (2012): Staat, Zivilgesellschaft und Ehrenamt. Bürgerschaftliches Engagement im Spannungsfeld von staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Entwicklung. In: Michael Spieker (Hg.), *Der Sozialstaat*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 83-304.
- Willinger, Stephan (2022): *Koproduktive Stadtentwicklung: Herausforderung und Chance. Wie Verwaltungen, Lokalpolitik und Stadtmacher gemeinsam experimentieren*. In: *RaumPlanung* 215/1, 14-19.



- Ziehl, Michael (2020): Koproduktion Urbaner Resilienz. Das Gängeviertel in Hamburg als Reallabor für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung mittels Kooperation von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Berlin: JOVIS Verlag GmbH.
- Ziervogel, Daniela (2011): Mental-Map-Methoden in der Quartiersforschung. Wahrnehmung, kognitive Repräsentation und Verhalten im Raum. <https://de.readkong.com/page/mental-map-methoden-in-der-quartiersforschung-4945977> (letzter Zugriff am 05.02.2022).

Quellen

- Bochinski, Svenja / Drilling, Jonas / Mayer, Till (2021): Interview mit der Leitung der Wirtschaftsförderung der Stadt Altenburg vom 01.12.2021. Weimar.
- Bochinski, Svenja / Drilling, Jonas / Mayer, Till (2021): Interview mit den Hauptamtlichen Vertreterinnen der Initiative Stadtmensch vom 02.12.2021. Altenburg.
- Bochinski, Svenja / Drilling, Jonas / Mayer, Till (2021): Interview mit dem Oberbürgermeister der Stadt Altenburg vom 02.12.2021. Altenburg.
- Bochinski, Svenja / Drilling, Jonas / Mayer, Till (2021): Interview mit dem Bürgermeister und kommissarischen Leitung der Fachabteilung Stadtentwicklung der Stadt Altenburg vom 02.12.2021. Altenburg.
- Röhr, Michaela (2021): Masterarbeit. Möglichkeiten und Grenzen von zivilgesellschaftlichen Engagement in der Stadtentwicklung – Eine kritische Auseinandersetzung am Beispiel der soziokulturellen Initiative „Stadtmensch“ in Altenburg. Leipzig.

